

Bericht der Finanzkoordinationskommission (FiKoKo) zum Politikplan 2012-2015

1. Einleitung

An zwei Sitzungen behandelte die Finanzkoordinationskommission des Einwohnerrats (FiKoKo) im November 2011 den Politikplan 2012-2015. Detaillierte Erläuterungen erhielt die Kommission vom Gemeindepräsidenten Willi Fischer, von Andres Ribi, Leiter Controllerdienst der Gemeinde Riehen und von Reto Hammer, Leiter Abteilung Finanzen. Die Kommission dankt an dieser Stelle den Genannten und dem Gemeinderat sowie der ganzen Verwaltung für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Politikplan.

Die Ausführungen der Finanzkoordinationskommission sollen auch als Anregung an die Sachkommissionen des Einwohnerrats, aber auch an jedes einzelne Mitglied des Einwohnerrats verstanden werden, sich noch stärker der finanzpolitischen Verantwortung bei der Prüfung der Leistungsaufträge und der Behandlung der einzelnen Vorlagen bewusst zu sein.

In den Beratungen der Finanzkoordinationskommission wurde die Besorgnis laut, dass die Handhabung des Systems „Prima“ noch nicht im gewünschten Umfang die strategische Steuerung der Riehener Politik bzw. eben die Steuerung der entstehenden Kosten ermöglicht. Budgetüberschreitungen sind nicht gebannt. Dauerthemen der Beratung bleiben Fragen der Transparenz bzw. der strategischen Steuerbarkeit bei der Personalstruktur und den Personalkosten (z.B. der Einfluss von Pensionierungen langjähriger Angestellter), bei den Struktur- und Umlagekosten, bei den Raumkosten, bei der Abgrenzung von Produktgruppen (z.B. die Erbringung oder Koordination von Dienstleistungen). Die Frage ist, wieweit wir Suboptimales zu sehen bekommen bzw. zu erkennen vermögen - und wenn wir es sehen, ob wir die Tätigkeit der Gemeinde und ihrer Verwaltung (strategisch) steuern können.

Strittig ist, ob die Leistungsaufträge bzw. die Art, wie wir sie formulieren und handhaben, in der Praxis für diese Steuerung ausreichen. Dieser Mangel führt dazu, dass weder eine strategische oder gar qualitätssichernde Einflussnahme noch eine Optimierung der Zusammenarbeit (Rollenverteilung) zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat möglich ist. Die Beurteilung obiger Punkte reduziert sich folglich unbefriedigenderweise weitgehend auf die Diskussion um den Steuerfuss.



2. Generelle Bemerkungen zum Politikplan 2012-2015

2.1 Generelle Bemerkungen

Der Politikplan ist in erster Linie ein Informationsinstrument des Gemeinderats. Damit soll der aktuelle Stand der Planung aufgezeigt werden.

Der Einwohnerrat berät, im Wissen über die aktuelle Finanzplanung des Gemeinderats, in der Dezember-Sitzung über die Beschlüsse zum Produktsummenbudget 2012 und zur Festlegung des Steuerfusses (Einkommens- und Vermögenssteuer) für die Steuerperiode 2012.

2.2 Anträge der FiKoKo

Die ausformulierten Anträge an den Einwohnerrat finden sich im untenstehenden Punkt 6.

2.3 Im Politikplan nicht enthaltene mögliche monetäre Auswirkungen im Planungszeitraum

Im vorliegenden Politikplan noch nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen bzw. Kostenfolgen während und nach der Übernahme des 5. und 6. Schuljahres der Primarschule (Schulharmonisierung); der geplante Verkauf des K-Netzes, die Kosten für die energetische Sanierung des Gemeindehauses sowie die vorgesehene Realisierung der Parkraumbewirtschaftung.

3. Geplante Jahresergebnisse des Politikplans 2012-2015

Zahlen in TCHF

	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Jahresergebnisse des PolP	-1'127	344	472	584
(Minus = Defizit)				

Im vorliegenden Politikplan wird für den gesamten Planungshorizont 2012 bis 2015 mit ausgeglichenen Jahresergebnissen gerechnet (vgl. Seiten 8-11 des Politikplans):

Das erwartete Defizit im Budgetjahr 2012 kann auch als ausgeglichen betrachtet werden, wenn die darin enthaltene Einmalabschreibung auf den Umbaukosten des Landgasthofs ausgeklammert wird. Die nachstehende Tabelle zeigt die Jahresergebnisse der Planperiode, wie sie sich ohne die ausserordentliche Einmalabschreibung auf den Umbaukosten des Landgasthofs präsentieren würden:



Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
----------------	--------------	--------------	--------------

Jahresergebnisse des PoP	-1'127	344	472	584
Korrektur der ausserordentlichen Einmalabschreibung aus Umbau des Landgasthofes	3'000			
Planüberschüsse (korrigiert)	1'873	344	472	584

4. Übrige Bemerkungen zum Politikplan 2012-15

4.1 Geplante Steuererlöse

4.1.1 Nachweis der Veränderung zum IST-Jahr 2010

Die Steuererlöse im vorliegenden Politikplan haben sich sowohl zum IST 2010 wie auch zum Politikplan 2011-2014 verändert (Die Hauptveränderungen zum Politikplan 2011-14 werden im nachstehenden Punkt 5 erläutert).

in T CHF <small>(Exzerpt der Tabelle von Seite 58 des Politikplans)</small>	IST 2009	IST 2010	Budget 2011	PoP 2012-15			
				Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Einkommensteuer	64'926	66'539	65'270	66'220	65'920	65'620	65'920
Vermögenssteuer	14'850	22'850	19'300	17'900	17'300	17'500	17'500
Steuer auf Kapitaleleistungen	741	881	700	800	800	800	800
Steuern juristischer Personen	1'581	2'136	1'100	1'500	1'500	1'500	1'500
Grundstückgewinnsteuern	1'502	2'258	1'500	1'700	1'700	1'700	1'700
Debitorenverluste Steuern	-691	-1'757	-1'000	-800	-800	-800	-800
Total Steuern (netto)	82'909	92'907	86'870	87'320	86'420	86'320	86'620

Die markante Abnahme der Steuereinnahmen vom IST 2010 (92,9 Mio. Franken) zum Budget 2012 (87,3 Mio. Franken) ist mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass in den Vermögenssteuern des Jahres 2010 ausserordentliche Einnahmen von 4 Mio. Franken zu verzeichnen waren, der Einwohnerrat im Dezember 2010 eine Steuerreduktion von rund 1,1 Mio. Franken beschlossen hat. Der erneute Rückgang vom Budget 2012 zum Budget 2013 ist auf das kantonale Steuerpaket (Mindereinnahmen 1,9 Mio. Franken) zurückzuführen. Die geschätzten Mindereinnahmen werden jedoch nicht voll wirksam, da gleichzeitig mit einem moderaten Wachstum gerechnet wird. In den Planjahren 2014/2015 wird mit weiteren Einnahmenverlusten aufgrund des kantonalen Steuerpakets gerechnet, die jedoch vom erwarteten Planwachstum in etwa ausgeglichen werden sollten.



4.1.2 Im Politikplan 2012-2015 enthaltene Steuersenkungen:

Zahlen in TCHF

Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
----------------	--------------	--------------	--------------

Vom Einwohnerrat im Dezember 2010 beschlossene Steuersenkung:

Reduktion Riehener Einkommensteuer 0,4%	-700	-700	-700	-700
Reduktion Riehener Vermögensteuer 1%	-450	-450	-450	-450

Auswirkungen des Steuerpakets Basel-Stadt -1'900 -3'200 -3'850

Total eingeplante Steuersenkungen im PolP 2012-2015 -1'150 -3'050 -4'350 -5'000

Da diese Steuerausfälle geschätzt wurden und die Umsetzung in Basel-Stadt von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist, können die genauen Mindereinnahmen in den betreffenden IST-Jahren noch nicht präzise vorhergesehen werden und es muss abgewartet werden, wie sich die realen Steuereinnahmen entwickeln.

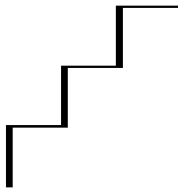
Obwohl die *Steuerschätzungen* nach bewährten und anerkannten Grundsätzen erarbeitet werden, bleibt eine Schätzungenauigkeit von +/- 5% bestehen. (Die Steuerschätzungen werden jeweils für den Jahresabschluss von der externen Revisionsstelle überprüft.) Ab Seite 56 des Politikplans finden sich die entsprechenden Zahlen und Tabellen.

4.2 Entwicklung der Nettokosten der Produktgruppen

(Exzerpt der Tabelle von Seite 11 des Politikplans)

in TCHF	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
Zeile	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten
A Publikums- und Behördendienste	-4'538	-4'115	-4'110	-4'115	-4'146	-4'153	-4'073
B Finanzen und Steuern	-1'363	-635	-670	-721	-724	-725	-727
C Gesundheit und Soziales	-38'775	-19'242	-19'895	-20'022	-20'050	-19'671	-19'689
D Bildung und Familie	-27'769	-28'827	-32'837	-32'697	-33'225	-33'397	-33'562
E Kultur, Freizeit und Sport	-9'184	-8'974	-9'811	-9'922	-10'491	-10'513	-10'521
F Mobilität und Versorgung	-17'695	-19'001	-18'201	-19'957	-19'840	-19'998	-20'163
G Siedlung und Landschaft	-6'608	-5'941	-6'630	-6'394	-6'512	-6'532	-6'518
H Total Nettokosten der Produktgruppen	-105'932	-86'735	-92'154	-93'828	-94'988	-94'989	-95'253

Die Erläuterungen für die augenfällige Zunahme der Nettokosten der Produktgruppen (Zeile H) vom IST 2010 zum Budget 2012 von rund 7 Mio. Franken werden auf Seite 36 des Politikplans dargestellt.



4.3 Investitionen

(vgl. auch Seite 45 ff des Politikplans)

Auf Seite 45 sind die kumulierten Planinvestitionen aufgelistet. Ab Seite 46 werden die Investitionen - getrennt nach Neu- und Ersatzinvestitionen sowie in Finanz- und Verwaltungsvermögen - ausgewiesen. Nicht alle aufgelisteten Planinvestitionen sind bereits genehmigt. In der 3. Spalte sind die bereits genehmigten Positionen mit einem „J“ versehen. Alle übrigen Investitionsvorhaben über 200'000 Franken müssen noch vom Einwohnerrat genehmigt werden. Die Gesamttotale der jeweiligen Jahre werden - nach Abzug einer Pauschalkorrektur - in die Gesamtübersicht auf Seite 11 des Politikplans übertragen.

Die Planinvestitionen im Bereich Strassen/Kanalisation/Öffentliche Beleuchtung sind geprägt von einem Nachholbedarf aus den Vorjahren. Im Jahr 2012 ist zudem ein erheblicher ausserordentlicher Betrag von 3 Mio. Franken als Einmalabschreibung für die Sanierung des Landgasthofs geplant (vgl. auch Seite 57 des Politikplans).

Die grössten Investitionen im Planungszeitraum sind: Im Bereich Strassen/Kanalisation/Öffentliche Beleuchtung/Brücken/Unterführungen (29 Mio. Franken), Unterhalt von Liegenschaften (9,7 Mio. Franken), Naturbad (4,7 Mio. Franken), Umbau Landgasthof (4,2 Mio. Franken), Kindergartenbauten (4,1 Mio. Franken), Hochwasserschutz/Gewässer (1,2 Mio. Franken), Freizeitzentrum Landauer (1 Mio. Franken), Fahrzeuge (0,7 Mio. Franken) und Grendelmatte (0,6 Mio. Franken).

4.4 Bereich Neutrales

(vgl. auch Seite 56 ff des Politikplans)

in T CHF	PoP 2012-15						
	IST 2009	IST 2010	Budget 2011	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
(Exzerpt der Tabelle von Seite 58 des Politikplans)							
a) Total Steuern (netto)	82'909	92'907	86'870	87'320	86'420	86'320	86'620
b) Total Immobilienerfolg Finanzvermögen (netto)	3'079	2'003	1'830	2'110	2'242	2'274	2'272
c) Total Zinskosten (netto)	-185	82	-268	338	338	338	338
d) Total Diverse neutrale Kosten+Erlöse (netto)	-3'839	-2'911	-1'845	-3'300	-3'300	-3'300	-3'300
e) Total Kalkulatorischer Zinsertrag (netto)	10'363	10'536	9'481	10'567	10'623	10'636	10'614
f) Total Übriges	-129	-10'908	-1'015	-4'334	-991	-807	-707
g) Total Korrektur gemäss FHO §52	1'000		500				
h) Total neutrale Erlöse (netto)	93'198	91'709	95'553	92'701	95'332	95'461	95'837

Im Bereich Neutrales werden alle nicht den Produktgruppen zuweisbaren Kosten und Erlöse aufgelistet.



4.4.1 Total Steuern (netto)

Hier werden die (geplanten) Steuererlöse der einzelnen Steuerarten ausgewiesen: Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Steuer auf Kapitaleistungen, Steuern juristischer Personen, Grundstückgewinnsteuern, Debitorenverluste Steuern (inkl. abgeschriebene Eingänge aus Vorjahren).

4.4.2 Total Immobilienerfolg Finanzvermögen (netto)

Hier werden die (geplanten) Nettoeinnahmen der gemeindeeigenen Liegenschaften (inkl. Baurechtszinsen) des Finanzvermögens ausgewiesen.

4.4.3 Total Zinskosten (netto)

Unter diesem Titel werden verschiedene Zinsen aufgeführt:

- Geldmittel (auf den Bank-/Postkonten) der Gemeinde bringen Zinseneinnahmen;
- Fremdmittel (z.B. für die Landkäufe im Moostal) kosten Zinsen;
- Zu spät bezahlte Steuern bringen Zinseneinnahmen
- Zu früh bezahlte Steuern kosten Zinsen.

4.4.4 Total Diverse neutrale Kosten+Erlöse (netto)

Unter dieser Rubrik werden Spezialsteuern und Konzessionsgebühren subsumiert (Hundesteuer, Stromsparbonus, Rückvergütung CO₂-Abgabe, IWB-Konzession) sowie der innerkantonale Finanzausgleich: 1. Beim Ressourcenausgleich leisten finanziell (relativ) stärkere basel-städtische Gemeinden an die finanziell (relativ) schwächeren einen Ressourcenausgleich (massgebend dafür ist nicht das effektive Steuervolumen, sondern das Steuerpotenzial). 2. Der Lastenausgleich dient der Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen. Er beträgt 2,5% des Einkommenssteuerpotenzials.

4.4.5 Total Kalkulatorischer Zinsertrag (netto)

Die in der Gemeinde eingesetzten Investitionsgüter werden mit einem internen Zins auf dem investierten Kapital pro Produkt/Kostenstelle belastet, damit eine korrekte Produktkalkulation möglich wird. Damit die den Produkten belasteten internen Zinsen nicht das Gesamtergebnis verändern, wird der gesamte Erlös des kalkulatorischen Zinses im Bereich Neutrales ausgewiesen (gutgeschrieben).

4.4.6 Total Übriges

In der Rubrik werden alle übrigen, nicht direkt von den Kostenstellen und Produkten verursachten Kosten und Erlöse gebucht.

Im Jahr 2012 sind Beträge enthalten für

- die Einmalabschreibung im Betrag von 3 Mio. Franken für die Sanierung des Landgasthofs (vgl. Einwohnerratsvorlage Nr. 06-10.092 vom April 2008);
- die zeitgemässe energetische Sanierung von Gemeindeliegenschaften;
- die Ausgleichszahlung vom Kanton für die Mehrkosten der Primarschule;
- die geschätzte Wertminderung auf dem Landkauf im Moostal.



4.4.6.1 Bemerkungen zum Landkauf im Moostal

Die gekauften Grundstücke im Moostal werden - in Absprache mit der Revisionsgesellschaft PricewaterhouseCoopers - vorerst zum Kaufpreis in der Bilanz geführt und werden erst neu bewertet, wenn alle juristischen Einsprachemöglichkeiten ausgeschöpft sind. Dies ist der Fall, wenn der Zonenplan definitiv genehmigt sein wird. Da dieser Zeitpunkt heute nicht genau abgeschätzt werden kann, hat sich der Gemeinderat entschieden, dass jährlich eine Abschreibung von 1 Mio. Franken auch im Politikplan 2012-2015 vorgesehen wird. Der Gemeinderat hat sich (nach Rücksprache mit der externen Revisionsgesellschaft) bereits zu einer ersten Wertberichtigung im Betrag von 10 Mio. Franken zulasten der Jahresrechnung 2010 entschieden, da gemäss bisher geäussertem Volkswillen in jedem Fall ein wesentlicher Teil der Parzellen im Moostal aus der Bauzone entlassen und entsprechend an Geldwert verlieren wird (vgl. Geschäftsbericht 2010, Seiten 5 und 52).

Sobald der Zonenplan rechtskräftig ist und damit der Wert der Grundstücke feststeht, muss im entsprechenden Geschäftsabschluss die Neubewertung der gekauften Grundstücke vorgenommen werden. Gleichzeitig muss auch der Bilanzwert angepasst und die Differenz der entsprechenden Jahresrechnung belastet werden.

4.4.7 Total Korrektur gemäss FHO §52

Diese Korrekturmöglichkeit wurde vom Einwohnerrat in der Finanzhaushaltordnung eingerichtet, damit während einer Übergangsfrist von 10 Jahren nach der Einführung von PRIMA (2003) die Jahresergebnisse korrigiert werden können. Diese Möglichkeit besteht noch bis ins Jahr 2012, wurde aber vom Gemeinderat im Budget 2012 nicht vorgesehen.

4.5 Entwicklung der Personalkosten der Gemeinde

Die Personalkosten werden im Politikplan auf den Seiten 40 und 41 näher erläutert.

Im Vergleich zum IST 2010 ist per 2012 eine Erhöhung des Totals aller Personalkosten um rund 3,88 Mio. Franken zu verzeichnen. Dabei gilt es zu beachten, dass die Personalkosten des IST-Jahres 2010 zweimal aufgrund der regulären Stufenanstiege und der Teuerung (0,5% IST-Teuerung am 1.1.2011 und 0,5% Planteuerung per 1.1.2012) angestiegen sind.

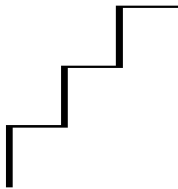
4.6 Entwicklung der Strukturkosten der Gemeinde

(vgl. auch Seite 36 ff des Politikplans)

Auf Stufe Politikbereich wurden in den letzten Jahren folgende Beträge ausgewiesen bzw. sind geplant:

in Mio. CHF

IST 2009	IST 2010	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
-6,78	-5,35	-6,50	-6,50	-6,48	-6,41



Die allgemeinen Strukturkosten der Gemeinde gliedern sich wie folgt:
(Auf Seite 38f des Politikplans werden die Inhalte der einzelnen Zeilen erläutert.)

(Exzerpt der Tabelle von Seite 38 des Politikplans)
Minusbeträge = Kosten / Plusbeträge = Erlöse

	Netto- Struktur- kosten TCHF	Anteil in %
1 Personalkosten	-5'251	80.7
2 Rechtsgutachten / Expertenaufträge	-100	1.5
3 Informatik (Software+Hardware+Wartung)	-663	10.2
4 Übrige Infrastruktur	-374	5.8
5 Rechnungsrevision	-70	1.1
6 Dienstleistungen/Lieferungen von Dritten	-929	14.3
7 Diverse interne Belastungen / Erlöse	989	-15.3
8 Abschreibungen	-69	1.1
9 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	-36	0.6
Total der Strukturkosten (Belastet auf Stufe Politikbereich)	-6'503	100.0

Die Strukturkosten der Gemeinde steigen in den Planzahlen um rund 1 Million Franken vom IST-Betrag 2010 (5,35 Mio. Franken) zum Planwert 2012 (6,5 Mio. Franken). Der Hauptgrund für diese Steigerung sind die erwarteten Kosten für die Rententeuerung bzw. den PK-Sanierungsbeitrag der Rentnerinnen und Rentner (zusammen 1 Mio. Franken): Im IST-Jahr 2010 musste kein Teuerungsausgleich gewährt werden. Deshalb war auch kein Pensionskassensanierungsbeitrag des Arbeitgebers für die Rentnerinnen und Rentner gemäss Einwohnerratsvorlage zu berücksichtigen. Im Vergleich IST 2010 zum vorliegenden Politikplan muss hingegen die IST-Lohnteuerung von zwei Jahren, nämlich 0,5% per 1. Januar 2011 sowie eine Planteuerung von 0,5% für das Budget 2012 berücksichtigt werden.

5. Gewichtige Veränderungen vom Politikplan 2011-14 (vom Oktober 2010) zum Politikplan 2012-2015 (vom Oktober 2011)

Im Politikplan 2011-14 wurde noch mit massiv höheren Jahresergebnissen 2012-2014 gerechnet. Im vorliegenden Politikplan 2012-2015 mussten wesentliche Planungsgrundlagen/-annahmen geändert, bzw. angepasst werden. Diese Änderungen betreffen hauptsächlich:

- Mindereinnahmen (zirka 1,1 Mio. Franken) aufgrund der vom Einwohnerrat im Dezember 2010 beschlossenen Steuersenkungen, die sich ab dem Geschäftsjahr 2012 (Steuerjahr 2011) auswirken;
- Mindereinnahmen (ab dem Jahr 2013) aufgrund des vom Kanton Basel-Stadt beschlossene Steuerpakets;
- Mehrkosten (3,2 Mio. Franken) für die Pflegefinanzierung.



Seite 9 Werden diese drei Positionen addiert, verschlechtern sich die Jahresergebnisse des Politikplans 2011-2014 um folgende Beträge:

Zahlen in TCHF	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vom Einwohnerrat im Dezember 2010 beschlossene Steuersenkung:				
Reduktion Riehener Einkommensteuer 0,4%	-700	-700	-700	-700
Reduktion Riehener Vermögensteuer 1%	-450	-450	-450	-450
Auswirkungen des Steuerpakets Basel-Stadt		-1'900	-3'200	-3'850
Kosten der neuen Pflegefinanzierung	-3'200	-3'200	-3'200	-3'200
Total gewichtige Veränderungen zum PolP 2011-14	-4'350	-6'250	-7'550	-8'200

6. Diskussion betreffend Steuerfuss

Aus dem grossen Kreis der Mitglieder der Finanzkoordinationskommission, die eine Beibehaltung des Steuerfusses befürworten, werden insbesondere folgende Gründe genannt:

- Die Gemeinde Riehen steht finanziell gut, aber nicht allzu gut da.
- Aus taktischen Gründen könnten sich Steuersenkungen gegenüber dem Kanton in den Verhandlungen als Eigengoal erweisen. Diesem Argument widersprechen einige Kommissionsmitglieder, da einerseits die Verhandlungspartner des Kantons die Finanzlage der Gemeinde auch kennen und wohl jeder Entscheid im Rahmen der Verhandlungen auf die eine oder andere Art interpretiert werden kann. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass Steuersenkungen in Riehen von der Basler Bevölkerung ebenfalls wahrgenommen werden und bei einer allfälligen weiteren Abstimmung Konsequenzen haben könnten.
- Die Gemeinde hat immer noch einige grössere Projekte zu bewältigen (namentlich Moostal).
- Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist nicht abschätzbar.
- Die Gemeindesteuern wurden letztes Jahr bereits gesenkt, eine Steuersenkungsrunde des Kantons steht an.
- Falls die Steuern gesenkt würden, müsste dies v.a. dem Mittelstand zugute kommen und zwar so, dass diese Entlastung auch „im Portemonnaie“ spürbar ist.

Aus der kleinen Minderheit, die sich für die Senkung des Steuerfusses ausspricht, werden insbesondere folgende Gründe genannt:

- Im Mai wurde eine Motion zur Senkung des Steuerfusses abgelehnt, insbesondere mit der Begründung, dies sei das falsche Instrument zum falschen Zeitpunkt.
- Verhandlungstaktische Überlegungen dürfen keine Rolle spielen.
- Bettingen hat bereits einen tieferen Steuerfuss und fährt gut damit (Einkommenssteuer 34%, Vermögensteuer 40%).



Seite 10 Im Rahmen der Diskussion äussern sich verschiedene Kommissionsmitglieder kritisch dazu, dass fast in sämtlichen Produktgruppen Nachtragskredite notwendig sind resp. Kürzungen nicht eingehalten werden.

7. Anträge an den Einwohnerrat

1. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem "Beschluss des Einwohnerrats betreffend Genehmigung des Produktsummenbudgets 2012" zuzustimmen (vgl. Politikplan, Seite 61).
2. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem "Beschluss des Einwohnerrats betreffend Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2012" zuzustimmen (vgl. Politikplan, Seite 62).

Riehen, 8. Dezember 2011

Finanzkoordinationskommission
Der Präsident:

Heinrich Ueberwasser